

Rede von Jürgen Hofmann

(Sprecher der Historischen Kommission beim Parteivorstand DIE LINKE)

Erfahrungen und Erfordernisse der Geschichtsarbeit in der LINKEN.

Beitrag zum Landesparteitag Thüringen am 28. November 2009 in Schleiz

Freue mich über die Initiative des Thüringer Landesverbandes, sich zur Geschichtsdebatte im Rahmen eines Parteitages zu verständigen. Möchte in diesem Zusammenhang an den Außerordentlichen Parteitag vor zwanzig Jahren erinnern. Es waren Delegierte aus Gera, die damals den Vorschlag unterbreiteten, „zur Weiterführung der grundsätzlichen Klärung objektiver Bedingungen und subjektiver Einflüsse bei der Ausbreitung stalinistischer Praktiken in unserer Partei und Gesellschaft eine Geschichtskommission beim Präsidium des Parteivorstandes zu bilden“¹. Das Präsidium folgte dieser Anregung. Seit dem Juni 1990 arbeitet diese Historische Kommission, der ich auch angehöre. Sollte ich die Geschichtsdebatte seit 1990 bilanzieren, kann ich auf eine Fülle von Erklärungen und Diskussionspapiere verweisen. Die immer wieder von politischen Kontrahenten kolportierte Behauptung, die PDS und DIE LINKE hätten sich nur unzureichend mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt, ist deshalb sachlich falsch. Wenn wir uns aber die Frage stellen, was von den vorliegenden Materialien bei Mitgliedern und Sympathisanten angekommen ist, muss die Bilanz kritischer ausfallen.

Ich halte die von euch erneut angeregte Geschichtsdebatte für unerlässlich, weil

1. Aussagen zu den programmatischen Zielen der Partei auch das Wissen um die Herkunft einschließt. Parteien ohne solche Wurzeln verkommen schnell zur Beliebigkeit. Das hat die Sozialdemokratie in den letzten Jahren vorgeführt. Wir haben keinen Grund, uns zu verleugnen. Der Blick für Tages- und Zukunftsaufgaben schärft sich nicht durch Geschichtslosigkeit – im Gegenteil.
2. die Geschichtsdebatte ein wesentlicher Teil des konfliktreichen Erneuerungsprozesses war und bleibt, in dem sich die SED zur Partei des

¹ Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1990 in Berlin, hrsg. von Lothar Hornbogen/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1999, S. 354.

Demokratischen Sozialismus mauserte, zur Volkspartei im Osten aufstieg und gemeinsam mit der WASG als neue LINKE zu einer Größe bundesdeutscher Politik wurde. Diese Geschichtsdebatte ist keineswegs abgeschlossen, wie Diskussionen in der Partei und ihrem Umfeld uns immer wieder vor Augen führen.

3. Geschichtsdiskussionen ein bevorzugtes Feld der politischen und geistigen Auseinandersetzung sind und bleiben. Wer sich aus dieser Debatte davonstiehlt überlässt das Feld anderen.

Ihr habt in euren Thesen zur weiteren Entwicklung der Linken als Volkspartei in Thüringen auch zur Geschichtsarbeit Stellung genommen. Ich halte das Papier für eine erste Diskussionsgrundlage und möchte mit dieser Diskussion an einigen ausgewählten Beispielen beginnen.

1. Ihr sagt, dass DIE LINKE nicht das Monopol auf Deutungshoheit über die Geschichte beansprucht. Das ist mehrfach zu unterstreichen. Ob sich jedoch Geschichtsaufarbeitung der parteipolitischen Instrumentalisierung entziehen lässt muss angezweifelt werden. Geschichte ist nun einmal das Resultat politischer und sozialer Auseinandersetzungen, die – vor allem, wenn sie noch nicht Jahrhunderte zurückliegen – in die Gegenwart fortwirken. Insbesondere politische Kontrahenten reflektieren deshalb geschichtliche Ereignisse sehr verschieden. Beschreibung und Bewertung von Geschichte kann sich bestenfalls dem objektiven Geschehen annähern, es aber nie gänzlich objektiv abbilden. Der geistig-politische Standort des Betrachters, sein individueller Erfahrungshorizont und der gesellschaftliche Diskurs fließen immer mit ein. Worum es geht ist, ob ein pluralistisches Bild von Geschichte in der Gesellschaft möglich ist. Dies einzufordern muss Aufgabe bleiben. Damit führen wir auch eine sozialdemokratische Tradition fort, die in der Adenauerära die Forderung nach einem pluralistischen Geschichtsbild erhoben hatte, um den Einfluss der traditionell konservativen Historikerzunft der Bundesrepublik einzudämmen und sich Freiräume zu erobern. Mit dem verordneten Geschichtsbild zu brechen, war ein Auftrag des Außerordentlichen Parteitages von 1989. Wir wollten nie wieder ein parteioffizielles Bild von Geschichte. Umso verwunderlicher ist es, dass es in

der Partei wieder verstärkt Stimmen gibt, die sich darüber empören, dass der eine oder andere Mandatsträger nicht das gleiche Bild von Geschichte hat, wie sie selbst.

2. Der Sprecherrat der Historischen Kommission unterstützt eure Forderung nach einer Stalinismuskonferenz ausdrücklich und nachhaltig. Wir haben auf die Notwendigkeit einer solchen Konferenz immer wieder verwiesen. Das letzte Mal ist 1995 auf einer Konferenz des Parteivorstandes und der Historischen Kommission Bilanz zur Stalinismusdebatte und zur Geschichtsdiskussion gezogen worden. Der Befund lautete damals, dass die „Analyse des repressiven, zentralistischen, antidemokratischen Gesellschaftssystems“ verdrängt würde „durch die *Verteidigung der Legitimität des Versuchs*“². Die aktuelle Bilanz könnte ähnlich ausfallen. Diskussionen, wie eng oder wie weit Stalinismus gefasst werden dürfe, ob er nur für die unmittelbare Phase der Herrschaft Stalins oder nur für die politischen Repressionen, die Schauprozesse, stehen dürfe, geht an dem Auftrag des Jahres 1989 vorbei. Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System, hieß die Messlatte. Das schließt die kritische Analyse gesellschaftlicher Strukturen und Mechanismen, von Denk- und Verhaltensweisen ein. Es geht also um einen umfassenderen Begriff von Stalinismus. Auch eine noch so fein abgestimmte Definition des Begriffs befreit uns nicht von den erschütternden Tatsachen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden. Nur die Verbrechen Stalins zu verurteilen, bedeutet auf den Stand der Stalinismuskritik von 1956 zurückzufallen.
3. Kritische und selbstkritische Rückschau sollte nicht als Anpassung an den Zeitgeist denunziert werden. Wir sind uns sicher einig, dass Formeln, wie die vom „Unrechtsstaat DDR“, für eine differenzierte Betrachtung von Geschichte ungeeignet sind. Daraus haben wir nie einen Hehl gemacht. Wenn wir solche politisch zweckbestimmte Vereinfachungen ablehnen, heißt das nicht, das Unrecht in der DDR-Gesellschaft gelegnet wird. Dieses muss benannt und kann auch nicht mit den weltpolitischen Umständen entschuldigt werden. Wem

² Michael Nelken: Schwierigkeiten einer Emanzipation. Zur Stalinismusdebatte in der PDS, in: Lothar Bisky/Jochen Cerny/Herbert Mayer/Michael Schumann (Hg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, S. 71.

die Vision einer sozial gerechten und menschlichen Gesellschaft am Herzen liegt, der muss die Defizite des untergegangenen Sozialismus deutlich benennen. Um zu wissen was wir wollen, müssen wir auch deutlich sagen was wir nicht wollen. Auf Kritik an der DDR zu verzichten, nur weil der politische Gegner sie verteufelt, ist kein gangbarer Weg, unser Ideal einer breiten Öffentlichkeit glaubhaft zu machen. Die Empfehlung, bei der Betrachtung der DDR und der sozialistischen Staatengemeinschaft die Errungenschaften stärker hervorzuheben und dafür kritische Einschätzungen etwas zurückzustellen, halte ich für den falschen Ansatz. Was wir brauchen, ist ein Geschichtsbild, das glaubwürdiger ist. Selbstkritische und zugleich selbstbewusste Rückschau ist kein Widerspruch und ein Gebot politischer Hygiene. Ich darf an dieser Stelle an eine Erklärung des Parteipräsidiums vom Oktober 1990 erinnern, die immer noch aktuell ist: Dort heißt es: „Die Geschichte der DDR und der SED kritisch aufzuarbeiten und nicht zu verdrängen, gehört zu unserem neu gewonnen Selbstverständnis als demokratische Partei. Ehrlich zu sich selbst zu sein, seine eigene Geschichte ohne Wenn und Aber zu befragen und allen Angriffen der politischen Gegner zu widerstehen, verlangt ein hohes Maß an Mut und Offenheit. Nur die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit bewahrt uns davor, dass Fehler wiederholt werden.“ Die Erklärung schloss mit den Worten: „Wir stehen in der Pflicht, die Erblast der politischen Vergangenheit zu tragen und aufzuarbeiten.“³

4. Wir stehen vor der Herausforderung, die bislang zu stark auf DDR und SED fixierte Nabelschau, die aus der Herkunft der PDS und gespeist war und durch die interessengesteuerte politische und mediale Abrechnung mit der DDR stimuliert wurde, zu überwinden. Nur eine Sicht, die beide deutsche Staaten sowie das vereinigte Deutschland und ihr jeweiliges internationales Umfeld einschließt, kann zu einer neuen Qualität des historischen Selbstverständnisses führen. Politischer Gestaltungswille darf nicht auf historisches Wissen verzichten. Dazu gehört dass die konfliktbereinigte Propagierung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und die Reduktion der DDR-Geschichte auf Repressionen nicht unwidersprochen

³ PDS. Pressedienst, Nr. 42 vom 26.10.1990.

hingenommen werden können. Die Auseinandersetzung ist jedoch nicht mit der Reproduktion alter Geschichtsbilder zu bestehen. Nur am neuen Forschungsstand überprüfte Positionen haben Bestand.

Ein sachkundiger Blick zurück kann ein erhellender Blick nach vorn sein, auch wenn die Rückschau nicht die Vision ersetzen kann.